

Süddeutsche Zeitung, 12.02.2011, **Marsch und Menschenkette**, Christiane Kohl,
<http://www.sueddeutsche.de/politik/neonazi-demo-in-dresden-marsch-und-menschenkette-1.1059190>

"Das wird in einer Gewaltorgie enden": Zum Jahrestag der Bombenangriffe von 1945 mobilisieren Neonazis für einen Aufmarsch durch die Dresdner Altstadt. Ein Gerichtsurteil zwingt die Polizisten, die Kundgebung durchzusetzen - die Beamten warnen vor Ausschreitungen.

Alle Jahre wieder wird in Dresden jener Nacht im Februar 1945 gedacht, als das damals sogenannte Elbflorenz unter den Bomben der Alliierten in Schutt und Asche versank.

Am Sonntag gedenkt Dresden den Opfern der Bombenangriffe von 1945. Mit einer Menschenkette quer durch die Dresdner Innenstadt soll an diesem Tag ein Zeichen gegen Rechtsextremismus gesetzt werden. Etwa 2000 Neonazis wollen den Gedenktag für ihre politischen Zwecke nutzen und haben eine Demonstration angekündigt. (© dapd)

Doch während die Bürger früher zumeist in stillem Gedenken mit Kerzen vor die Frauenkirche zogen, wird in den vergangenen Jahren immer unübersichtlicher, wer in der sächsischen Landeshauptstadt an diesem Gedenktag gegen was oder wen demonstriert: Für diesen Sonntag wurden gleich von vier unterschiedlichen Gruppierungen Demonstrationen angemeldet, wie viele Veranstaltungen insgesamt geplant sind, will die Polizei aus taktischen Gründen nicht bekanntgeben. Unterdessen fürchten Beobachter, dass es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommen könnte.

Ursächlich für die in den verschiedenen politischen Lagern geplanten Aktivitäten ist ein Aufmarsch von Rechtsradikalen, der seit Jahren am 13. Februar in Dresden abgehalten wird. Mit dem Marsch versucht die "Junge Landsmannschaft Ostdeutschland" (JLO), das für Dresden schmerzliche Datum für ihre politischen Zwecke zu funktionalisieren. Einige Jahre lang gelang es den Neonazis so, der Stadt an der Elbe gleichsam ihren rechten Stempel aufzudrücken.

Indes regte sich Jahr für Jahr mehr Widerstand dagegen, nicht nur unter linken Antifa-Gruppen, sondern auch in bürgerlichen Kreisen. Im Februar 2010 nahmen erstmals Zehntausende Dresdner an einer Menschenkette gegen rechts teil. Unterdessen waren die Neonazis mit ihrem geplanten Marsch nicht weit gekommen: Dank einer geschickten Taktik der Polizei hatten sie zunächst stundenlang auf dem Platz vor dem Neustädter Bahnhof ausharren müssen, bis sie irgendwann frustriert abzogen.

Das Polizeikonzept vom vergangenen Jahr wurde nun im Nachhinein vom Dresdner Verwaltungsgericht für rechtswidrig erklärt. Stattdessen hätte die Polizei nach dem am 19. Januar 2011 gefällten Urteil den rechten Marschierern die Demonstration ermöglichen müssen.

Die Argumentation der Polizeiführung, dass angesichts der auch in 2010 schon zahlreichen Blockaden und Gegendemonstrationen ein Marsch von Rechtsradikalen durch die Stadt zu unvermeidbaren Gefahren hätte führen können, wurde von den Richtern verworfen. Das Urteil dürfte damit direkte Auswirkungen auf die Situation am kommenden Wochenende haben: Diesmal wird die Polizei den sogenannten "Trauermarsch" der Rechten ermöglichen müssen, und der Demonstrationzug könnte womöglich mitten durch die Altstadt führen.

Den Gegendemonstranten aus dem linken Lager wurde hingegen nicht erlaubt, in der Altstadt auf die Straße zu gehen. Entsprechend haben die Behörden verschiedene unter dem Motto "Täterspuren" wie auch "Tu was gegen rechts" geplante Veranstaltungen auf die andere Elbeseite in die Dresdner Neustadt verwiesen.

Nach dem Konzept der Ordnungshüter soll die Elbe als Trennungsfluss zwischen rechten und linken Demonstrierenden dienen. Eine Taktik, die auch das Verwaltungsgericht in einer neuen Eilentscheidung bestätigte. Ob sie freilich praktikabel ist, wird sich erst am Wochenende zeigen. Es dürfte jedenfalls nicht einfach werden, die verschiedenen Aktivisten auf den Straßen auseinanderzuhalten.

Die Rechtsradikalen wollen mit ihrem Marsch am frühen Nachmittag am Hauptbahnhof starten. Kurz zuvor soll sich die Menschenkette um die Altstadt schließen, an der zahlreiche Prominente, darunter auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), der in Dresden wohnt, teilnehmen wollen. Mithin finden die Menschenkette und die Neonazi-Demonstration auf derselben Elbeseite statt. Auf einer linken Webseite heißt es denn auch schon: "Das wird in einer Gewaltorgie enden."

Neues Deutschland, 12.02.2011, **Blockade für die Blockierer**, Hendrick Lasch,
<http://www.neues-deutschland.de/artikel/190779.blockade-fuer-die-blockierer.html>

Morgen jährt sich der Jahrestag der Zerstörung Dresdens. Rechtsextreme versuchen, das Gedenken erneut zu missbrauchen. Nachdem sie 2010 von Zehntausenden erfolgreich blockiert wurden, versuchen Stadt und Polizei, die Nazis diesmal laufen zu lassen.

Der Bau in der Dresdner Schießgasse ist ein einschüchterndes Gebäude. Die 134 Meter lange Fassade des ab 1895 im Stil des Historismus errichteten Bauwerks mit seinem wuchtigen Portal lässt Passanten schrumpfen. Diese Wirkung ist kalkuliert: Seit 1901 ist hier die Zentrale der Dresdner Polizei ansässig. In der NS-Zeit machte sich auch die Geheime Staatspolizei in dem Gebäude breit. Regimegegner wurden hier in »Schutzhaft« gehalten, es gab zahlreiche gewaltsame Todesfälle. Das Gebäude sei, heißt es auf einer Tafel am Bürgersteig, ein »Ort des Staatsterrors« geworden, an dem »denunziert, entrechtet und gemordet wurde«. Es war, sagt Judith Förster, ein »Täterort«.

Das Bündnis »Dresden nazifrei«, dessen Sprecherin Förster ist, hatte für den morgigen Sonntag zu einem »Mahngang« eingeladen, der auch durch die Schießgasse führen sollte – so wie zur früheren Pillnitzer Straße, wo NS-Gegner im Untersuchungsgefängnis »Mathilde« gefoltert wurden, oder zur Comeniusstraße, wo in Nummer 32 Martin Mutschmann wohnte, NS-Gau-leiter und zeitweiliger sächsischer Ministerpräsident. »Täterspuren« heißt der Rundgang, zu dessen Anliegen Förster sagt: »Wir wollen in der Diskussion um das Gedenken anmerken, dass Dresden keine unschuldige Stadt war.«

Die Legende, dass die Kunststadt Dresden ab dem 13. Februar 1945 völlig unverschuldet von britischen und US-amerikanischen Bombern zerstört wurde, saß lange fest in den Köpfen nicht weniger Bürger, die still der Opfer gedachten, ohne über den Ursprung des Krieges zu reden oder die Mitverantwortung einer Stadt, in der »rassistische Politik und Propaganda in vielen Bevölkerungskreisen auf Verständnis stößt und bereits in vielen Fällen Ansporn zur Mitarbeit gewesen ist«, wie die Gestapo 1935 schrieb.

Unverschämt zugespitzt wird die These von Rechtsextremen, die seit mehr als zehn Jahren zum »Trauermarsch« laden, die Opferzahl auf 250 000 und damit das Zehnfache dessen übersteigern, was Historiker ermittelt haben, und von einem »Bombenholocaust« sprechen – ein Begriff, der den organisierten Mord an den europäischen Juden verharmlosen soll. Lange bewegte sich der gespenstisch-düstere Zug, untermalt von Wagner und Sibelius, weitgehend ungestört durch die Stadt – das europaweit gewichtigste Treffen der rechten Szene. Erst 2010 gelang es Initiativen wie dem Bündnis »Dresden nazifrei«, mehr als 12 000 Menschen zu mobilisieren und den Marsch zu blockieren. Zugleich raffte sich die Stadtspitze zum zumindest symbolischen Protest auf und lud zur Menschenkette um die Innenstadt.

In einem Ladengeschäft in der Dresdner Neustadt arbeiten Judith Förster und ihre Mitstreiter vom »Nazifrei«-Bündnis seit Monaten darauf hin, dass es nicht bei einem einmaligen Dämpfer für die Szene bleibt – die diesmal zu zwei Kraftproben lädt: für morgen und für nächsten Samstag. Den von den Nazis für den eigentlichen Jahrestag angemeldeten Fackelmarsch wolle man durch kreativen Protest begleiten; am 19. Februar, für den Kenner mit bis zu 10 000 Rechten rechnen, »wollen wir, dass sich die Nazis wieder die Beine in den Bauch stehen«, sagt Förster.

Ob es dazu kommt, ist derzeit freilich völlig offen. Zwar finden Plakate des Bündnisses reißend Absatz; Mobilisierungsvideos bei Youtube und eine Seite bei Facebook stoßen bundesweit auf Zuspruch; und am Samstag werden mindestens 250 Busse mit Gegendemonstranten in Dresden erwartet. Auf unfreiwillige Werbung wie 2010, als Staatsanwälte die Plakate mit dem Blockadeaufruf beschlagnahmen sowie Büros durchsuchen ließen und das Bündnis erst richtig bekannt machten, könne man verzichten, sagt Förster: »Mit dem Erfolg von 2010 haben wir uns etabliert.«

Diesmal indes hat die Justiz den Blockierern einen härteren Knüppel zwischen die Beine geworfen – in Gestalt eines Urteils des Dresdner Verwaltungsgerichts, das die Polizei scharf rügt. Diese hätte 2010 den genehmigten Aufzug der Nazis mit »geeigneten Mitteln« ermöglichen und gegen »störende Gegendemonstranten« einschreiten sollen. Stattdessen habe sie die Blockaden »sehenden Auges« ermöglicht, weil das mit der Stadt vereinbarte »Trennungskonzept« unzureichend umgesetzt wurde.

Aus dieser richterlichen Watsche hat man in der Schießgasse sowie im nahe gelegenen Rathaus offenbar Konsequenzen gezogen: Jegliche Proteste gegen den Nazi-Aufmarsch, der in der Altstadt stattfinden soll, wurden auf die Neustädter Elbseite verbannt, darunter der »Mahngang« des Bündnisses, aber auch die traditionelle Mahnwache, die von den Bündnisgrünen am Denkmal für die Trümmerfrau vor dem Rathaus abgehalten wird. Man wolle »die unterschiedlichen politischen Lager trennen«, beschreibt Polizeipräsident Dieter Hanitsch die Devise, die im Lagezentrum in der Schießgasse morgen und vermutlich auch erst recht am 19. Februar gilt. Nur die erneut geplante Menschenkette wird in der Altstadt erlaubt – zu einer Zeit, da die Nazis sich erst sammeln.

Gegner des braunen Spektakels sind angesichts dieser Strategie erschüttert. Damit drohe ein »großer Rückschritt« gegenüber 2010, sagt Christian Demuth von der Initiative Bürger.Courage; offenbar gebe es »kein Konzept zur Bekämpfung der rechtsextremen Aufmärsche«. Der grüne Abgeordnete Johannes Lichdi pocht auf das »Grundrecht auf Protest in Sicht- und Hörweite« der Nazis; sein Parteikollege Michael Schmelich stellt aber fest, die Stadt habe »der Mut verlassen«. André Schollbach, Chef der Linksfraktion im Stadtrat, wirft der Rathauspitze vor, »eklatant versagt« zu haben, und fügt hinzu, nicht jede rechtlich zulässige Entscheidung sei auch vernünftig. Judith Förster warnt mit Verweis auf entsprechende

Ankündigungen von Nazis im Internet vor einem »erschreckenden Szenario«: Während kritische Proteste aus der Altstadt verbannt würden, könnten sich Neonazis in die Menschenkette einreihen »und sich den goldenen Schlüssel für die Altstadt abholen, in der sie dann ungestört marschieren können«.

Das Bündnis will sich dem nicht fügen und hat Widerspruch beim Oberverwaltungsgericht eingelegt, über den gestern Abend entschieden werden sollte. Zur Not soll danach das Bundesverwaltungsgericht angerufen werden. Den Vorschlag der Stadt, den Mahngang in die Neustadt zu verlegen und etwa am dortigen Bahnhof anzuhalten, von wo die Dresdner Juden deportiert wurden, werde man nicht befolgen: »Wir wollen zeigen, wo Täter gelebt und gewirkt haben.« Die Verlagerung komme »de facto einem Verbot« gleich. Bleibt das juristische Vorgehen erfolglos, wird man spontan entscheiden und sich vermutlich trotzdem am Ex-Wohnort des Gauleiters treffen. Wie es weitergeht, entscheidet sich dann in der Schießgasse 7 – dem heutigen Lagezentrum der Polizei.

Mahngang und Massenblockaden

Gegen die Nazi-Aufzüge in Dresden wird mit unterschiedlichen Aktionen protestiert. Am 13. Februar lädt die LINKE für 9:30 Uhr am Bahnhof Neustadt zum Gedenken an die NS-Opfer. Um 11 Uhr soll in der Comeniusstraße der »Mahngang« des Bündnisses »Dresden nazifrei« zu Täter-Orten beginnen. Ab 13 Uhr sammeln sich Bürger in der Innenstadt zur Menschenkette, die 14 Uhr für fünf Minuten geschlossen werden soll. Für 14 Uhr hat auch das Nazifrei-Bündnis eine Kundgebung mit Musik (u.a. Sebastian Krumbiegel) auf dem Friedrich-Liszt-Platz am Hauptbahnhof angemeldet, wo sich zu dieser Zeit die Nazis sammeln. Ob die Stadt diese Protestaktion zulässt, ist noch offen.

Für den 19. Februar wird weiter bundesweit zu Massenblockaden mobilisiert; das Bündnis will die Zahl von 12 000 Teilnehmern, die im Vorjahr erreicht wurde, »knacken« und strebt 15 000 Protestierer an. Bislang sind 250 Busse angekündigt. Angesichts der Polizeitaktik solle »flexibler und mobiler« versucht werden, die Nazis zu stoppen. hla

Neues Deutschland, 12.02.2011, **Nazis agieren zusehends nervös**, Marina Mai,
<http://www.neues-deutschland.de/artikel/190780.nazis-agieren-zusehends-nervoes.html>

Im Vorfeld des von Nazis geplanten Aufmarsches in Dresden am 19. Februar häufen sich in Berlin rechte Störungen. Dem Verfassungsschutz liegen keine eindeutigen Erkenntnisse vor, ob die Sachbeschädigungen der vergangenen Wochen den jeweiligen Mobilisierungsaktionen galten. »Aufgrund der zeitlichen Nähe zum ›Trauermarsch‹ in Dresden und auch aufgrund der in den Vorjahren rund um diesen Termin steigenden Anzahl an Sachbeschädigungen lässt sich ein Bezug hierzu jedoch nicht ausschließen«, sagt Sprecherin Isabelle Kalbitzer.

Nach Angaben des Verfassungsschutzes fand Anfang Februar »in einem Szenelokal in Schöneweide«, gemeint ist die Kneipe »Zum Henker«, eine Vorbereitungsveranstaltung für Dresden statt. »Sie galt insbesondere dem taktischen Verhalten in Reaktion auf Polizeimaßnahmen und zivilgesellschaftliche Gegenproteste«, so Sprecherin Kalbitzer.

Nach eigenen Angaben versuchten die rechten Kameradschaften zudem seit dem 4. Februar, mit Zettelaktionen in verschiedenen Berliner Einkaufszentren Aufmerksamkeit zu erregen. Störungen linker Protestvorbereitungen gibt es bereits seit Mitte Januar: Vor dem S-Bahnhof Schöneweide hatte die LINKE am 15. Januar per Infostand Berliner aufgerufen, sich an den zivilgesellschaftlichen Protesten in Dresden zu beteiligen. Hans Erxleben, Rechtsextremismusexperte der LINKEN, erinnert sich: »Es kamen NPD-Mitglieder, die uns erst beobachtet, dann fotografiert und schließlich verbal bedrängt haben.« An der NPD-Zugehörigkeit der Pöbler hat Erxleben keinen Zweifel, weil er sie von anderen rechten Veranstaltungen her kennt.

Am 19. Januar wollten die Grünen mit ihrer Parteibasis und Dresdner Politikern über die geplanten Proteste beraten und mobilisieren. Ort: Die Bezirksgeschäftsstelle in Neukölln. »Am Vorabend warf jemand einen Stein gegen unsere Fensterscheibe, in der ein Plakat des Aktionsbündnisses ›Dresden stellt sich quer‹ hing«, berichtet Carola Scheibe-Köster von den Grünen. Am nächsten Morgen war das Türschloss des Parteibüros verklebt und damit unbrauchbar gemacht worden. Die Grünen stellten Strafanzeige. Der Staatsschutz ermittelt, weil ein politischer Hintergrund vermutet wird. »Genau vor einem Jahr war unser Türschloss auf dieselbe Weise beschädigt worden. Damals waren auch rechte Symbole an unser Büro geschmiert worden.«

Am Wochenende darauf fand im Studentencafé der Alice-Salomon-Hochschule in Hellersdorf eine Regionalkonferenz des Bündnisses »Nazifrei! – Dresden stellt sich quer.« statt. Am Morgen der Veranstaltung warfen Unbekannte drei Farbgläser gegen die Scheiben des Cafés. »Wir gehen von einem politischen Tatmotiv aus«, so Polizeisprecherin Miriam Tauchmann. »Unsere Mobilisierung läuft bestens und ist den Nazis natürlich ein Dorn im Auge. Solche Anschläge sind für uns ein Beleg dafür – die Nazis werden zusehends nervös, dass wir ihren

Aufmarsch in diesem Jahr Geschichte werden lassen«, bekräftigt Franziska Radtke, Sprecherin des Bündnisses »Dresden Nazifrei!«

MDR, 12.02.2011, **Nazi-Gegner unterliegen vor Bundesverfassungsgericht**, -, <http://www.mdr.de/sachsen/8221638.html>

Mit verschiedenen Veranstaltungen wird bereits heute in Dresden an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg erinnert. So findet in der Frauenkirche ein Gedenkkonzert statt. Am Sonntag sind dann verschiedene Kundgebungen angemeldet - Rechte und Gegendemonstranten getrennt durch die Elbe. Dagegen kamen Sachsens Grünen auch vor dem Bundesverfassungsgericht nicht an.

Im Streit um die Zulassung von Gegendemonstrationen gegen einen Aufzug von Rechtsextremen am Sonntag in Dresden mussten die sächsischen Grünen vor dem Bundesverfassungsgericht (BVG) eine Niederlage einstecken. Der Landtagsabgeordnete und Rechtsanwalt Johannes Lichdi sagte, das Gericht habe eine Beschwerde wegen nicht genehmigter Aktionen am Jahrestag der Zerstörung Dresdens abgewiesen. Die Richter hätten keine Beeinträchtigung von Grundrechten gesehen, erklärte Lichdi.

Festlegungen der Stadt haben Bestand

Die Grünen hatten versucht, vor dem höchsten deutschen Gericht gegen eine Entscheidung des sächsischen Obergerichtes (OVG) vom Freitag vorzugehen, wonach es bei der strikten Trennung der Demonstranten am 13. Februar in Dresden bleiben soll. Damit dürfen mehrere Aktionen, die sich gegen einen Aufzug von Rechtsextremen richten, am Sonntag nur weit entfernt auf der Neustädter Elbseite abgehalten werden. So hatte es die Stadt entschieden und war es bereits in erster Instanz vom Dresdner Verwaltungsgericht bestätigt worden.

Elbe als Trennlinie

Die ursprünglich in der Altstadt von Dresden geplanten Kundgebungen sollten ein Zeichen gegen einen zeitgleich dort geplanten Neonazi-Aufmarsch setzen, zu dem Tausende Teilnehmer erwartet werden. Die Stadtverwaltung hatte die Verlegung damit begründet, dass die Polizei mit der Elbe als Trennlinie die einzelnen Lager weiträumig auseinanderhalten wolle. Nicht betroffen von der Auflage ist eine Menschenkette, zu der die Stadtspitze ebenfalls für Sonntag aufgerufen hat.

Dresden war am 13. Februar 1945 bei Luftangriffen der Alliierten zu großen Teilen zerstört worden. Neonazis versuchen seit Jahren, die Trauer um die Toten für ihre Zwecke zu missbrauchen. Im vergangenen Jahr hatten mehr als 10.000 Menschen einen Neonazi-Aufmarsch blockiert.

Zeitzeugenberichte und Paukenmesse

Zur Erinnerung an die Opfer und das Leid der Bombardierung erklingt heute um 20 Uhr in der Frauenkirche bei einem Gedenkkonzert unter anderem die Paukenmesse "Missa in tempore belli" von Joseph Haydn unter der Leitung von Frauenkirchenkantor Matthias Grünert. In einem Podiumsgespräch im Ortsamt Blasewitz berichten am Nachmittag deutsche und englische Zeitzeugen gemeinsam, wie sie die Luftangriffe am 13. und 14. Februar 1945 erlebt haben. Zu Gast ist unter anderem der Oberbürgermeister aus dem englischen Coventry, Brian Kelsey.

Bild, 12.02.2011, **Dresden steht vor schwierigem Gedenktag**, dpa/sn,

<http://www.bild.de/BILD/regional/dresden/dpa/2011/02/12/dresden-steht-vor-schwierigem-gedenktag.html>

Dresden (dpa/sn) - Stilles Gedenken an Tausende Tode, Menschenkette, Naziaufmarsch und Blockadeaufrufe - Dresden steht wieder vor einem schwierigen 13. Februar. Dazu kam noch bis zur letzten Minute ein juristisches Tauziehen um die Veranstaltungen, die sich am Sonntag gegen eine Demonstration vor Rechtsextremisten richten. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe lehnte am Samstag eine Beschwerde der Grünen ab, die am Gedenktag für die Opfer der Luftangriffe 1945 auch im Stadtzentrum Flagge gegen Neonazis zeigen wollten. Die Stadt hat nun in letzter Instanz Recht bekommen: Es wird am Sonntag eine strikte Trennung von Demonstranten geben, um Zusammenstöße zu vermeiden. Trennlinie ist die Elbe. Nur eine Menschenkette darf diese Linie überschreiten, wenn sie sich mittags über Elbbrücken hinweg durch Alt- und Neustadt zieht.

Welt, 12.02.2011, "**Wir wollen sie hier nicht haben**", Interview: Dankwart Guratzsch, http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article12515647/Wir-wollen-sie-hier-nicht-haben.html

Morgen gedenkt Dresden der Opfer der alliierten Luftangriffe von 1945 - und will Rechtsextremen trotzen

Am morgigen Sonntag jähren sich die alliierten Luftangriffe auf Dresden zum 66. Mal. Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU), die Parteien im Stadtrat sowie Kirchen und Initiativen haben zum Gedenken an den 13. Februar 1945 zu einer Menschenkette rund um die Innenstadt aufgerufen. Der Grund: Seit Jahren versuchen Rechtsextremisten, den Gedenktag zur Erinnerung an die Bombardierung Dresdens für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die "Junge Landsmannschaft Ostdeutschland" hat für Sonntag einen Trauermarsch angekündigt; nach Einschätzung von Innenminister Markus Ulbig (CDU) werden mehrere Tausend Teilnehmer aus der rechtsextremen Szene erwartet. Ein noch größerer Neonazi-Aufzug mit mehr als 7000 Teilnehmern soll am 19. Februar stattfinden. Ulbig kündigte für beide Tage ein konsequentes Vorgehen gegen Störer und Gewalttäter an. Im letzten Jahr verhinderten rund 12 000 Demonstranten mit Blockaden den Aufmarsch der Rechtsextremen, 15 000 Menschen bildeten erstmals eine Menschenkette um die historische Altstadt. Diesen Erfolg will ein Bündnis aus Politik und Gesellschaft in diesem Jahr wiederholen. Mit dabei ist dann wahrscheinlich auch Oberbürgermeisterin Helma Orosz nach einer überstandenen Brustkrebs-Operation. Kurz vor dem Eingriff sprach Dankwart Guratzsch mit ihr.

Die WELT: Welche Rolle spielt der 13. Februar 1945 im Leben der Stadt bis heute?

Helma Orosz: Das ist ein geschichtsträchtiger Tag. Es ist die Aufgabe der Oberbürgermeisterin und aller demokratischen Kräfte in dieser Stadt, nie in Vergessenheit geraten zu lassen, was an diesem Tag passiert ist. Dazu gehört auch, dass der Krieg von Deutschland ausgegangen ist und dass wir über den Tag hinaus alles daran setzen müssen, dass es nie wieder zu einem solchen Krieg kommt. Der Tag ist einem stillen Gedenken und Erinnern, aber auch einem Mahnen gewidmet. Wir begehen das mit Kranzniederlegungen, Gottesdiensten, Konzerten, Gedenkveranstaltungen ...

Die WELT: Sie selbst stammen aus der Lausitz. Wann sind Sie mit der Dresdner Gedenkkultur erstmals in Berührung gekommen?

Helma Orosz: Das war schon Mitte der 80er-Jahre, als noch Birken aus dem Trümmerberg der Frauenkirche wuchsen und die Dresdner zur Stunde des Bombenabwurfs mit Kerzen an die Ruine zogen.

Die WELT: Seit an diesem Tag Rechtsextreme aufmarschieren, wird das Gedenken von Demonstrationen überschattet. Im letzten Jahr waren 6000 Polizisten nötig, um Rechte und Linke auseinanderzuhalten.

Helma Orosz: Die Rechtsextremisten versuchen, diesen Gedenktag dafür zu missbrauchen, ihre Ideologie und Geschichtsklitterung zu verbreiten. Diesem Spuk werden wir auch in diesem Jahr mit friedlichen Protesten entgegentreten und Widerstand leisten.

Die WELT: Das Dresdner Verwaltungsgericht hat gerade erst die Polizeidirektion in einem Urteil der "rechtswidrigen Unterlassung" beschuldigt, weil sie vor einem Jahr zugelassen hatte, dass 12 000 Linke einen Umzug von 6000 Rechten blockiert haben.

Helma Orosz: Wir - da spreche ich für die Mehrzahl der Dresdnerinnen und Dresdner - wollen friedliche Proteste. Die Blockaden waren grenzwertig. Sie haben der anderen Seite das Grundrecht der Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht abgesprochen, das Minderheiten zusteht.

Die WELT: Was waren das für Leute? War das organisiert?

Helma Orosz: Das war organisiert von einer multiplen Gruppe, auch Bürger haben sich beteiligt. Ich verstehe das hehre Anliegen, Widerstand zu leisten. Aber eine Blockade ist kein adäquates Mittel. Es mag schmerzlich sein, tatenlos zusehen zu müssen, wenn diese Leute unseren Gedenktag politisch instrumentalisieren; aber als Chefin der Ordnungsbehörde muss ich mich hier vor das Grundgesetz stellen.

Die WELT: Es blieb nicht bei der Blockade. Es sind Autos umgestürzt, Container in Brand gesteckt, Scheiben eingeschlagen worden ...

Helma Orosz: Nicht vor einem Jahr. In der abschließenden Pressekonferenz mit der Polizei spielten solche Vorkommnisse kaum eine Rolle ...

Die WELT: Vieles tauchte in den Berichten überhaupt nicht auf. Die Störungen des Gedenkgottesdienstes in der Kreuzkirche, die Stinkbomben und Trillerpfeifen, mit denen die Ansprache Gerhart Baums vor der Frauenkirche unterbrochen wurde. Eine solche Entweihung des Gedenktages und Verunglimpfung der Opfer hat es bisher nicht gegeben.

Helma Orosz: Es war nicht so, dass die Veranstaltungen hätten abgebrochen werden müssen. Wie man damit umgeht, ist immer eine Gratwanderung. Nimmt man keine Notiz, ist das ein guter Weg.

Die WELT: Sie hatten den Hauptakzent auf eine Menschenkette gelegt, um die gesamte Innenstadt gegen die Aufmärsche abzuschirmen. Das war auch in Ihrer Partei nicht ganz unumstritten.

Helma Orosz: Die Menschenkette nicht. Es gab Widerspruch zu anderen Aktionen, zur Blockade zum Beispiel. Aber an der Menschenkette haben Vertreter aller Parteien teilgenommen. Der Ministerpräsident. Viele Minister. Wir rufen auch in diesem Jahr dazu auf, denn es hat sich gezeigt, dass das eine hohe Symbolkraft hat. Wir ziehen einen Schutzwall genau um das Gebiet, das im Fokus des verheerenden, menschenverachtenden Bombardements gestanden hat, dem Tausende zum Opfer gefallen sind. Die Dresdner haben dieses Zeichen richtig verstanden. Wenn sich 2010 15 000 Bürger beteiligt haben, dann ist das eine Zahl, die bisher in Dresden nicht mobilisiert werden konnte.

Die WELT: Wie groß ist die Gefahr, dass sich der Dresdner Gedenktag immer weiter von seinem eigentlichen Anlass wegentwickelt, wenn immer mehr tagespolitische Themen und Aktionen in den Vordergrund treten?

Helma Orosz: Ich sehe meine Aufgabe darin, gemeinsam mit vielen Partnern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, demokratischen Parteien, Kirchen, der jüdischen Gemeinde dafür zu sorgen, dass beides geschieht. Dass wir diesen Tag als Gedenktag erleben durch Gedenken, Mahnen und Erinnern und dass wir eben auch ein deutliches Signal gegen den Aufmarsch der Rechtsextremisten setzen. Und wir beschränken unsere Gedenkkultur auch nicht auf diesen einen Tag. Wir wollen die Geschichte über das ganze Jahr hin lebendig erhalten. Dazu gehört, dass wir alljährlich weltweit jüdische Mitbürger einladen, die hier gelebt haben und verschleppt worden sind. Aber auch, dass wir uns mit verschiedenen Programmen speziell an junge Menschen wenden, um sie in den Stand zu setzen, rechten Parolen zu widerstehen.

Die WELT: Halten Sie es für sinnvoll, dass Politiker aus Berlin zum 13. Februar einen Aufruf "Nazifrei - Dresden stellt sich quer" verbreiten, darunter Ver.di-Chef Frank Bsirske, Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD), Petra Pau (Die Linke) und Landtagsabgeordnete der Linken, alles Leute, die bei den Gedenkveranstaltungen in Dresden nie gesehen worden sind?

Helma Orosz: Die Versuche der politischen Instrumentalisierung reichen bis in die DDR-Zeit zurück. Ein trauriger Höhepunkt wurde dann am 13. Februar 2009 erreicht, als gerade Wahlkampf war. Da sind mehrere der Genannten und andere, auch Herr Gysi, mit Gew-

erkschaftsbussen und Lastwagen in Dresden aufgelaufen, um den Dresdnern vorzuschlagen, wie sie ihren Gedenktag zu begehen haben. In Meinungsumfragen haben danach 75 Prozent gesagt, dass sie den 13. Februar dem stillen Gedenken widmen wollen, aber auch ganz klar ein Zeichen gegen rechts setzen wollen. Ich bin mir sicher, dass die Dresdner selbst am besten wissen, was an diesem Tag wichtig ist. Sie sind die Betroffenen. Sie haben die Erinnerung. Sie haben es immer wieder geschafft, sich gegen die politische Vereinnahmung des Gedenktages zu wehren. Wer sich uns da anschließen will, ist uns willkommen. Wer andere Ziele verfolgt und Gewalt predigt, hat hier nichts zu suchen.

Die WELT: In diesem Jahr soll sogar zweimal demonstriert werden: am 13. Februar mit einem Fackelzug der Rechten, am 19. Februar mit einem Großaufgebot von auswärts.

Helma Orosz: So wird der 13. Februar als unser zentraler Gedenktag von einer Politisierung entlastet. Auf der anderen Seite ist es eine zusätzliche Belastung für die Stadt. Und wir werden auch am 19. dem Aufmarsch der Rechtsextremisten unseren friedlichen Widerstand entgegensetzen. Wir wollen sie hier nicht haben.

Die WELT: Was kann geschehen, um die Erinnerungskultur gegen alle Politisierungsbestrebungen zu stärken?

Helma Orosz: Es gibt zahlreiche Projekte, an denen wir arbeiten. Der Wiederaufbau der Busmann-Kapelle als Gedenkort gehört dazu, die Aufzeichnung der Namen aller bekannten Opfer, die Schaffung eines Dresdner Gedenkweges, markiert durch Stelen der Erinnerung. Neu ist die Gedenkstätte auf dem Altmarkt, die Skulptur des Trauernden Mädchens auf dem Heidefriedhof und der Dresden-Preis, der 2010 an Gorbatschow verliehen wurde und den in diesem Jahr Daniel Barenboim erhält. Ob wir weitere Ideen wie den Straßennamen 13. Februar oder eine Trauerbeflaggung aufnehmen, ist zu hinterfragen. Zu großen Tanz- und Vergnügensveranstaltungen fehlt uns ohnehin die Stimmung an diesem Tag.

news.de, 12.02.2011, «**Wir sind dort, wo die Nazis sind**», Interview: Annika Einsle,
<http://www.news.de/politik/855125627/wir-sind-dort-wo-die-nazis-sind/1/>

Das «Bündnis Dresden Nazifrei» will sich den Rechten am 13. und 19. Februar entgegenstellen. News.de sprach mit Sprecherin Judith Förster über Formen des Protests und Konflikte mit der Stadt.

Das Ordnungsamt Dresden hat den von Ihrem Bündnis geplanten Mahngang «Täterspuren» auf die andere Seite der Elbe verlegt. Was sagen Sie dazu?

Förster: Die Verlegung auf die Neustädter Seite von Dresden kommt für uns einem Verbot gleich, denn damit wird der inhaltliche Zweck nicht erreicht. Wir klagen jetzt dagegen, weil diese Art des Umgangs ein mangelndes Demokratieverständnis der Stadt Dresden zeigt. Das werden wir so nicht akzeptieren. Es ist ein Skandal, dass uns die Versammlungsfreiheit abgesprochen wird. Für uns ist eindeutig, dass das Ordnungsamt sich inhaltlich nicht mit dieser Situation auseinandergesetzt hat.

Auf Ihrer Webseite kündigen Sie an, dass der Rundgang trotzdem stattfinden wird. Fürchten Sie keine Sanktionen, wenn Sie sich dem Verbot widersetzen?

Förster: Wir wollen mit dem Gedenkgang unser Recht einfordern, auf die Gedenkkultur der Stadt einzuwirken und mobilisieren weiterhin für diesen Rundgang in die Altstadt. Es kann maximal zu einem Platzverweis kommen. Es ist keine Demonstration, es ist keine Störaktion. Es ist wirklich nur ein Gedenkrundgang auf den Spuren der Täter. Es ist keine Ordnungswidrigkeit und keine Straftat.

Welche Aktionen hat das Bündnis neben dem Mahngang noch geplant?

Förster: Am 13. Februar wollen wir um 14 Uhr eine Kundgebung am Hauptbahnhof durchführen. Allerdings wurde auch diese Veranstaltung - wie alle unsere Veranstaltungen - in die Neustadt verlegt. Wir werden aber weiterhin dazu mobilisieren, zum Hauptbahnhof zu gehen, um unser Recht auf Protest in Hör- und Sichtweite der Nazis durchzusetzen - das ist ja eigentlich vom Bundesverfassungsgericht auch gegeben.

Dieses Jahr wird es einen zweiten Aufmarsch geben. Womit rechnen Sie am 19. Februar?

Förster: Am 19. findet der Großaufmarsch der Nazis statt. Dort werden wir ab den Morgenstunden Massenblockaden organisieren. Wir werden uns den Nazis entgegenstellen - wir werden dort sein, wo die Nazis sind. Die genauen Pläne geben wir auf unserer Website noch bekannt. Im letzten Jahr wurde die Route der Nazis erst einen Tag vorher bekannt. Wir sind aber auf verschiedene Szenarien vorbereitet und können darauf reagieren. Und wir rufen gezielt zu hellen und bunten Aktionen auf. Jeder, der noch eine Vuvuzela zu Hause hat, kann die gerne mitbringen.

Was erhoffen Sie sich von den Aktionen Ihres Bündnisses?

Förster: Wir wollen den 13. Februar inhaltlich lösen und den vermeintlichen Trauermarsch der Nazis stören. Wir wollen auf die Täter aufmerksam machen, darauf, dass es nicht nur Opfer gab. Der Opfermythos, an den die Nazis anknüpfen, soll nicht mehr zum Tragen kommen. Am 19. wollen wir ganz klar den Großaufmarsch verhindern, wie wir es im letzten Jahr ja auch erfolgreich getan haben.

Werden Sie in diesem Jahr wieder Erfolg haben?

Förster: Wir glauben, dass sich die Aktion vom letzten Jahr wiederholen lässt. Wir haben zur Zeit eine sehr gute Mobilisierung. Mehr als 250 Busse sind angemeldet, die am 19. nach Dresden kommen. Wir rechnen mit einem Naziaufgebot von etwa 4000 bis 5000 Nazis. Wenn wir genauso viele werden wie im letzten Jahr, dann wird es definitiv wieder ein Erfolg werden. Die Situation in diesem Jahr ist allerdings mit der Schwierigkeit verbunden, dass es zwei Termine gibt. Deshalb haben wir uns auch dazu entschieden, zum ersten nur regional zu mobilisieren und zu dem anderen dann auch deutschland- und europaweit aufzurufen. In diesem Jahr kommen unter anderem auch Busse aus Schweden und der Schweiz.

Wie ist der Zuspruch derzeit auf die Kampagne und das Bündnis Dresden Nazifrei?

Förster: Wir rechnen mit 14.000 Gegendemonstranten, etwas mehr als im vergangenen Jahr. Durch den Erfolg beim letzten Mal hat sich unser Bündnis noch verbreitert - vom Antifa-Spektrum über Parteien bis hin zu lokalen Gruppen und Organisationen. Wir haben auch aus der Kultur und Politik großen Zuspruch bekommen. Bekannte Unterstützer sind beispielsweise Bands wie die Beatsteaks, Tocotronic, Die Toten Hosen, Bela B., Fettes Brot oder der Moderator Markus Kavka.

Judith Förster ist Pressesprecherin der Initiative «Bündnis Dresden Nazifrei». 2010 ist es ihm erstmals gelungen, Europas größten Naziaufmarsch am 13. Februar durch Massenblockaden zu verhindern. Unter dem Motto «Nazifrei - Dresden stellt sich quer» rufen Förster und ihre

Mitstreiter auch in diesem Jahr zu friedlichen Protesten auf, um die Nazis zurückzudrängen.
Sie nutzen dieses Datum alljährlich, um einen «Trauermarsch» durch die Stadt zu führen.

Leipziger Internet Zeitung, 12.02.2011, **Dresden 2011: Protest verlegt, Neonazis dürfen marschieren**, Patrick Limbach,

<http://www.l-iz.de/Politik/Sachsen/2011/02/Dresden-2011-Protest-verlegt-Neonazis-duerfen-marschieren.html>

Wie schon in den Vorjahren scheint die Stadt Dresden ein Interesse daran zu haben, dass der für morgen geplante Aufmarsch der "Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland" (JLO) ungestört stattfinden kann. Deren Anhängerschaft möchte sich ab 15 Uhr vor dem Hauptbahnhof treffen, um den Opfern alliierter Luftangriffe auf die Landeshauptstadt zu gedenken.

Ihr "Trauermarsch" soll laut Informationen des Protestbündnisses "Dresden-Nazifrei" über die Strehleener Straße, Ackermannstraße, Zellescher Weg, Fritz-Löffler-Straße zurück zum Hauptbahnhof führen. Zuvor ruft die JLO ihre Unterstützer zur Teilnahme an der traditionellen Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof zu beteiligen.

Ordnungsamt und Polizei beabsichtigen, Neonazis und Gegendemonstranten mittels der Elbe voneinander zu trennen. Sämtliche Protestveranstaltungen wurden per Auflagenbescheid aus der Innenstadt verbannt. Betroffen hiervon ist auch der geplante Mahngang "Täterspuren". Durch eine Begehung historischer Orte der Täter sowie durch das Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus wollte "Dresden-Nazifrei" am 13. Februar in den Gedenkdiskurs eingreifen und gegen das geschichtsrevisionistische Gedenken der Nazis und die Verdrehung von Tätern und Opfern protestieren.

Offenbar fiel der geplante Rundgang dem sächsischen Extremismuswahn ebenso zum Opfer wie eine geplante Kundgebung am Friedrich-List-Platz. Proteste in Hör- und Sichtweite sind in Dresden anscheinend nicht erwünscht. Beide Veranstaltungen sollen nun jenseits der Elbe stattfinden, die den Sicherheitskräften wohl als natürliche Barriere zwischen Neonazis und vermeintlichen "Linksextremisten" dienen soll. Rückendeckung bietet ihnen ein Urteil des Dresdner Verwaltungsgerichts.

Darin monierten die Richter, dass die Polizei am 13. Februar 2010 zuließ, dass sich Gegenprotestanten rund um den Auftaktkundgebungsort der Neonazi-Demonstration am Bahnhof Neustadt sammeln konnten. Dresdens Polizeipräsident Dieter Hanitsch kündigte am Mittwoch an, das für Beobachter überraschende Urteil sorgfältig auswerten zu wollen. Die Urteilsbegründung stünde nicht im Widerspruch zu den diesjährigen Planungen der Polizei. "Wir werden", so Hanitsch, "die unterschiedlichen politischen Lager trennen, Straftaten verhindern bzw. konsequent verfolgen." Am Sonntag erwartet die Polizei erhebliche Verkehrsbehinderungen und empfiehlt die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

"Dresden-Nazifrei" hat inzwischen gegen die Verlegung des Gedenkrundgangs geklagt – und in zwei Instanzen verloren. Trotzdem rufen die Neonazi-Gegner zum Protest in Hör- und Sichtweite des JLO-Aufmarsches auf. "Wir lassen uns von der Stadt Dresden unser Recht auf entschlossenen Protest gegen die Nazis nicht verbieten", heißt es in ihrem Aufruf, sich um 11 Uhr an der Hochschule für Technik und Wirtschaft zu treffen. Zur gleichen Zeit soll der gerichtlich untersagte Erinnerungsrundgang wie ursprünglich geplant am Comeniusplatz beginnen. Weiterhin richtet das Bündnis ab 14 Uhr einen Infopunkt am Ufa-Kino ein, der auch als erster Anlaufpunkt für die Teilnehmer der Menschenkette sein soll.

Gemeinsam mit einem breiten Bündnis Dresdner Organisationen und Institutionen ruft Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) die Dresdner auf, in würdiger Weise der Opfer des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges, der von Deutschland ausging, zu gedenken. Die Menschenkette soll ab 14 bis 15 Uhr symbolisch die Dresdner Altstadt vor dem Eindringen der Neonazis schützen. Nicht nur deshalb ein unsinniger Akt, weil die Neonazi-Demo erst nach der Menschenkette stattfinden wird.

Seit Einführung des sächsischen Versammlungsgesetzes im Vorjahr ist den Rechten das Abhalten von Versammlungen an historisch bedeutsamen Punkten in der Dresdner Altstadt und der Frauenkirche ohnehin untersagt. Dass für Orosz und ihrer überschaubaren Zahl an Verbündeten das Gedenken an den Opfern im Vordergrund steht, greift die JLO dankend auf. Die Neonazis rufen auf ihrer Homepage "interessierte Einzelpersonen" zur Teilnahme an der Aktion auf. "Wir wollen uns natürlich als Bürger und Gäste von Dresden diesem Aufruf nicht verwehren und somit zum Gelingen beitragen!"